



---

## Hauptausschuss

32. Sitzung (öffentlich)

12. Dezember 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

8:00 Uhr bis 8:20 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenografin: Heike Niemeyer

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

#### 1 17. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion der CDU  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/3307

abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an  
das Plenum

1

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

#### 2 Gesetz zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der Polizei

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1715

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/2625

abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an  
das Plenum zur 2. Lesung (s. Anlage 1)

1

- kurze Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 13/1715 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

Anschließend nimmt der Ausschuss die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen einstimmig an.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/2625 in der geänderten Fassung billigt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

**3 Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und des Gesetzes über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3096

abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an  
das Plenum zur 2. Lesung

3

- kurze Diskussion

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf einstimmig mit folgender Neufassung des Art. III: "Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft."

**4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen (s. Anlagen 2 und 3)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/322

abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur 2. Lesung

4

Die Fraktionen von CDU und FDP schließen sich den vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (s. Anlage 3) an. Der Ausschuss spricht sich sodann einstimmig für diese Änderungen aus.

Der Ausschuss stimmt abschließend dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zu.

\*\*\*\*\*



**Aus der Diskussion****1 17. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion der CDU  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/3307

abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum

Der **Ausschuss** billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**2 Gesetz zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der Polizei**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1715

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/2625

abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur 2. Lesung (s. Anlage 1)

(Gesetzentwurf der FDP-Fraktion vom Plenum am 15. November 2001 an den Hauptausschuss - federführend - und an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform sowie den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen; Gesetzentwurf der Landesregierung vom Plenum am 7. Juni 2002 an dieselben Ausschüsse überwiesen)

Nach den Worten von **Marianne Thomann-Stahl (FDP)** käme der Gesetzentwurf der Landesregierung bei Berücksichtigung der von den Koalitionsfraktionen eingereichten Änderungsvorschläge dem Anliegen der FDP-Fraktion etwas näher als der Gesetzentwurf in seiner Ursprungsfassung, doch werde das von der FDP angestrebte Ziel, nämlich die Schaffung eines Kontrollorgans, welches den dringend erforderlichen Gesamtüberblick über die Eingriffe des Staates in die Freiheitsrechte der Bürger erlangen könne, auch dadurch noch nicht erreicht.

**Werner Jostmeier (CDU)** gibt mit Blick auf den lt. Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen neu hinzuzufügenden Abs. 2 zu § 5 des Gesetzes über die Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz zu bedenken, ob das Instrument "Unterrichtung" durch eine regelmäßige Berichterstattung und die damit verbundene Automatik nicht verflachte, das heiße, eine Konzentration auf wesentliche Vorkommnisse nicht sinnvoller wäre.

**Oda-Gerlind Gawlik (SPD)** bezeichnet den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion - dies habe die Anhörung am 26. September bestätigt - als überflüssig, denn die von der FDP-Fraktion unterstellte Vielzahl von Kontrolleinrichtungen existiere überhaupt nicht. Es gebe lediglich zwei allerdings unverzichtbare Organe: die G 10-Kommission und das Parlamentarische Kontrollgremium.

In Bezug auf einen Überblick über die Eingriffe des Staates gelte: Was die Maßnahmen nach der Strafprozessordnung anbelange, dürfte Einvernehmen bestehen, dass diese nicht der Kontrolle unterliegen könnten. ber von der Polizei durchgeführte Überwachungsmaßnahmen wiederum berichte der Innenminister turnusmäßig im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform.

Zu eigen mache sich die SPD-Fraktion jedoch die von den Sachverständigen vorgetragene Anregung, die Landesregierung zu bitten, jährlich einmal einen Bericht über die Überwachungsmaßnahmen in den verschiedenen Bereichen - es sei denn, der Information stnden Geheimhaltungsbedrfnisse entgegen - vorzulegen, um dem Parlament insgesamt einen Überblick zu ermöglichen.

Die von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungsanträge begründet die Abgeordnete wie folgt:

In § 16 Abs. 1 S. 2 des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes sollten die Worte "Erkenntnisse und" entfallen, da dieser Zusatz ohnehin keine Weiterungen nach sich ziehe.

Die nachträgliche Benachrichtigung von Betroffenen durch das Innenministerium einschließlich der entsprechenden Unterrichtung der G 10-Kommission - beides finde seinen Niederschlag in dem Entwurf und dem Änderungsantrag zu § 5 des Gesetzes über die Ausführung

Hauptausschuss  
32. Sitzung (öffentlich)

12.12.2002  
ni-ke

des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz - habe in der Expertenanhörung eine wesentliche Rolle als zu berücksichtigender Aspekt gespielt.

Nach Auskunft von **StS Riotte (IM)** rechtfertigt die Zahl der Fälle eine vierteljährliche Berichterstattung des Innenministeriums über die von ihm vorgenommenen Mitteilungen an Betroffene oder die Gründe, die einer Mitteilung entgegenständen.

**Werner Jostmeier (CDU)** erinnert an die Einlassung des Leiters der Abteilung "Verfassungsschutz" des Innenministeriums, Dr. Möller, im Rahmen der Anhörung, wonach die neu eröffneten Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem Verfassungsschutz die Schmerzgrenze berührten und weiter gingen als die entsprechenden Regelungen auf Bundesebene.

**MDgt Dr. Möller (IM)** interpretiert "Schmerzgrenze" als "das zulässige Maß ausgereizt". Das Innenministerium stehe aber hinter dem vorliegenden Entwurf bzw. den Änderungsanträgen.

Der **Ausschuss** lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 13/1715 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

Anschließend nimmt der **Ausschuss** die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen einstimmig an.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/2625 in der geänderten Fassung billigt der **Ausschuss** mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

### **3 Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und des Gesetzes über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3096

abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur 2. Lesung

**Werner Jostmeier (CDU)** erinnert an die von seiner Fraktion schon vor Jahren aufgeworfene, aber noch nicht geklärte Frage der Auswirkungen der gleichzeitigen Wahrnehmung eines





**Landtag Nordrhein-Westfalen**  
13. Wahlperiode

Drucksache 13/

10.12.2002

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zum Gesetzentwurf  
der Landesregierung**

**Gesetz zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane  
(Drs. 13/2625)**

zur Vorlage in der Sitzung des Hauptausschusses am 12.12.2002

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

### **I. Artikel 1 wird wie folgt geändert:**

1. In lfd. Nr. 10 wird Buchstabe a) wie folgt gefasst:

"§ 16 wird wie folgt geändert:

"a) Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden sowie die Ausländerbehörden übermitteln von sich aus der Verfassungsschutzbehörde ihnen bekannt gewordene Informationen einschließlich personenbezogener Daten über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese Informationen und deren Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde erforderlich sind; die übrigen in Satz 1 genannten Behörden, Einrichtungen und juristischen Personen können diese Übermittlungen vornehmen."

2.

a) In lfd. Nr. 13 wird Buchst. e) wie folgt geändert:

"Nach Abs. 4 wird ein neuer Abs. 5 eingefügt:  
"Das parlamentarische Kontrollgremium kann dem Landesbeauftragten für den Datenschutz Gelegenheit zur Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes geben.""

b) Aus lfd. Nr. 13 e) wird lfd. Nr. 13 f). Die Nummerierungen der nachfolgenden Änderungen sind entsprechend anzupassen.

## II. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

- Nach § 3 Abs. 5 Satz 4 wird folgender Satz 5 angefügt:

"Auf § 24 Abs. 2 Satz 3 des Bundesdatenschutzgesetzes wird verwiesen."

- § 5 wird § 5 Abs. 1 neu

- Nach § 5 Abs. 1 neu wird folgender Abs. 2 eingefügt:

"(2) Das Innenministerium unterrichtet ¼-jährlich die G 10-Kommission über die von ihm vorgenommenen Mitteilungen an Betroffene gem. Abs. 1 oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Hält die G 10-Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich vorzunehmen."

## III. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Satz 3 wird die Textlücke mit dem Datum "1.01.2007" versehen. Der Klammersatz wird gestrichen.



Edgar Moron



Carina Gödecke

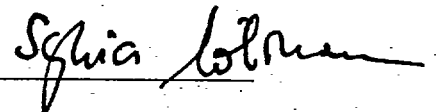


Dorothee Danner



Oda-Gerhind Gawlik

und Fraktion



Sylvia Löhrmann

und Fraktion

**Landtag Nordrhein-Westfalen  
13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/  
10.12..02**

**Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU**

**zum Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung  
und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-  
Westfalen“ - Drs. 13/322**

**Auszug aus den geltenden  
Gesetzesbestimmungen  
Gesetz über die Einsetzung des  
Verfahrens von  
Untersuchungsausschüssen des  
Landtags Nordrhein-Westfalen**

**§ 14 Aktenvorlage,  
Aussagegenehmigungen, Zutrittsrecht**

Abs. 1: Die Landesregierung und alle Behörden des Landes sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, sind verpflichtet, dem Untersuchungsausschuss jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtung zu gestatten, die erforderlichen Aussagegenehmigungen zu erteilen und die Akten vorzulegen.

Abs. 2: Ersuchen um Zutritt, Aussagegenehmigungen und Aktenvorlage sind an die zuständige oberste Dienstbehörde oder oberste Aufsichtsbehörde zu richten. Im Falle der Versagung sind die Gründe dem Untersuchungsausschuss im einzelnen darzulegen. Im Falle der Versagung kann der Untersuchungsausschuss beschließen, ein gerichtliches Verfahren gem. Art. 75 Nr. 2 der Landesverfassung zu beantragen.

§ 14 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 eingefügt: „Eine Versagung ist nur zulässig, wenn es sich um aktuelle Vorgänge aus nicht abgeschlossenen Sachverhalten handelt und glaubhaft gemacht wird, dass die Arbeitsfähigkeit der Landesregierung oder ihrer Behörden durch die Herausgabe tatsächlich gefährdet wird.“

Satz 3 alt wird Satz 4.

**Änderungsantrag (Stand: 11.12.2002)**

der Fraktion der SPD  
und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU


**„Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen“ – Drs. 13/322**

zur Vorlage in der Sitzung des Hauptausschusses am 12.12.2002

	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	Aktuelle gesetzliche Regelung § 3 Gegenstand
1. § 3 wird wie folgt neu gefasst:		
(1) Im Antrag und im Einsetzungsbeschluss muss der Gegenstand der Untersuchung hinreichend bestimmt sein. Die Untersuchung muss geeignet sein, dem Landtag Grundlagen für eine Beschlussfassung im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit zu vermitteln.		(1) Im Antrag und im Einsetzungsbeschluss muss der Gegenstand der Untersuchung hinreichend bestimmt sein. Die Untersuchung muss geeignet sein, dem Landtag Grundlagen für eine Beschlussfassung im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit zu vermitteln.
(2) Der Untersuchungsausschuss ist an den ihm erteilten Auftrag gebunden und zu einer Ausdehnung nicht berechtigt.		(2) Der Untersuchungsausschuss ist an den ihm erteilten Auftrag gebunden und zu einer Ausdehnung nicht berechtigt.
(3) Der im Einsetzungsantrag und im Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand kann durch Beschluss des Landtags nur mit Zustimmung des Antragstellers verändert werden.	§ 3 Abs. 3 „Der im Einsetzungsantrag und im Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand kann durch Beschluss des Landtags nur mit Zustimmung des Antragstellers verändert werden.“	(3) Der im Einsetzungsantrag und im Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand kann durch Beschluss des Landtags nur dann verändert werden, wenn der Kern des ursprünglichen Untersuchungsgegenstandes gewahrt bleibt und dadurch keine wesentliche Verzögerung des Untersuchungsverfahrens zu erwarten ist.

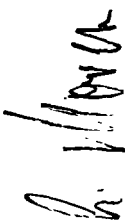
<p>(4) Hält der Landtag die mit dem Antrag angestrebte Untersuchung im Ganzen oder in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig, so ist der Einsetzungsantrag insgesamt abzulehnen. Sind die von der Mehrheit für verfassungswidrig gehaltenen Teile lediglich von untergeordneter Bedeutung und wird der Einsetzungsantrag durch deren Streichung nicht erheblich geändert, ist die Änderung zulässig. Ob die für verfassungswidrig gehaltenen Teile von wesentlicher Bedeutung sind, ist aus Sicht der Minderheit zu bestimmen.</p> <p>(5) Der Einsetzungsbeschluss soll einen Vorschlag über den im Rahmen eines Untersuchungsverfahrens erforderlichen Umfang der personellen Ausstattung des Ausschusses und der Fraktionen enthalten.</p>	<p>(4) Der Einsetzungsbeschluss soll einen Vorschlag über den im Rahmen des Untersuchungsverfahrens erforderlichen Umfang der personellen Ausstattung des Ausschusses und der Fraktionen enthalten.</p>
<p>2.</p> <p>§ 9 Abs. 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Satz 2 werden nach den Worten „Ton- und Filmaufnahmen“ die Worte „sowie Ton- und Bildübertragungen“ eingefügt.</p> <p>b) Dem so geänderten Satz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:      „Ausnahmen von Satz 2 bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder sowie der Zustimmung der zu vernehmenden oder der anzuhörenden Person.“</p> <p>3.</p> <p>§ 10 Abs. 3 erhält folgende Fassung:</p> <p>„Vor Abschluss der Beratung über einen Gegenstand der Verhandlung haben sich die Mitglieder</p>	<p>§ 9 Öffentlichkeit der Sitzungen</p> <p>(1) Die Beweisaufnahme erfolgt in öffentlicher Sitzung. Ton- und Filmaufnahmen sind nicht zulässig.</p> <p>(2) .....</p> <p>§ 10 Mitteilungen über Sitzungen und Unterlagen      .....      (3) Vor Abschluss der Beratung über einen Gegenstand der Verhandlung sollen sich die</p>

<p>des Untersuchungsausschusses einer öffentlichen Beweiswürdigung zu enthalten.“</p> <p>4. § 16 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Erzwingungshaft“ ein Komma gesetzt und die Worte „jedoch nicht über die Zeit der Beendigung des Untersuchungsverfahrens, auch nicht über die Zeit von 6 Monaten hinaus,“ eingefügt.</p> <p>b) Abs. 3 erhält folgende Fassung:  „Die Vorschriften der Strafprozessordnung finden im Übrigen entsprechende Anwendung, soweit nicht dieses Gesetz etwas anderes vorsieht.“</p>	<p>Mitglieder des Untersuchungsausschusses einer öffentlichen Beweiswürdigung enthalten.</p> <p>§ 16 Zwangsmittel</p> <p>(1) Gegen einen ordnungsgemäß geladenen Zeugen, der ohne genügende Entschuldigung nicht erscheint oder ohne gesetzlichen Grund das Zeugnis oder die Eidesleistung verweigert, oder gegen einen zur Erstattung des Gutachtens verpflichteten Sachverständigen, der ohne genügende Entschuldigung nicht erscheint, oder ohne gesetzlichen Grund die Erstattung des Gutachtens oder die Eidesleistung verweigert, werden auf Antrag des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses durch das zuständige Gericht nach dessen Ermessen Ordnungsgeld, Ordnungshaft oder Erzwingungshaft festgesetzt sowie ihm die entstandenen Kosten auferlegt. Auf Antrag des Untersuchungsausschusses kann das zuständige Gericht die Vorführung eines Zeugen anordnen.</p> <p>.....</p> <p>(3) Die Vorschriften der Strafprozessordnung finden im übrigen entsprechende Anwendung.</p>
--	--


<p>5. § 18 Abs. 2 erhält folgende Fassung:</p> <p>„Zeugen und Sachverständige sind vor ihrer Vernehmung zur Wahrheit zu ermahnen und über die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen uneidlichen Aussage zu belehren.“</p> <p>6. § 20 wird gestrichen und § 21 alt wird zu § 20 neu. Die Nummerierung der Folgeparagrafen wird entsprechend angepasst.</p> <p>7. a) § 27 Abs. 1 alt wird wie folgt neu gefasst:          “Gerichtliche Entscheidungen nach diesem Gesetz trifft der Ermittlungsrichter oder die Ermittlungsrichterin beim Oberlandesgericht am Sitz des Landtags.“</p>		<p>§ 18 Belehrung</p> <p>(1) .....</p> <p>(2) Zeugen und Sachverständige sind vor ihrer Vernehmung zur Wahrheit zu ermahnen und darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss nach Maßgabe dieses Gesetzes zu ihrer Verteidigung berechtigt ist. Hierbei sind sie über die Bedeutung des Eides und die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage zu belehren.</p> <p>§ 20 Verteidigung</p> <p>(1) Der Untersuchungsausschuss entscheidet über die Verteidigung von Zeugen und Sachverständigen.</p> <p>(2) .....</p> <p>(3) .....</p> <p>(4) .....</p> <p>§ 27 Gerichtliches Verfahren</p> <p>(1) Zuständiges Gericht im Sinne des Gesetzes ist das Amtsgericht am Sitz des Landtags.</p>
--	---	--

b) In § 27 Abs. 2 Satz 1 alt wird wie folgt gefasst:  
 "Gegen die Entscheidung des Ermittlungsrichters oder der Ermittlungsrichterin beim Oberlandesgericht können der Untersuchungsausschuss, nach Beendigung des Untersuchungsverfahrens der Präsident des Landtags und die Personen, die betroffen sind, Beschwerde zu diesem Oberlandesgericht erheben."

(2) Gegen die Entscheidung des Amtsgerichts können der Untersuchungsausschuss, nach Beendigung des Untersuchungsverfahrens der Präsident des Landtags und die Personen, die betroffen sind, Beschwerde erheben. Die Vorschriften der Strafprozessordnung über die Beschwerde sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle der Staatsanwaltschaft der Vorsitzende, nach Beendigung des Untersuchungsverfahrens der Präsident des Landtags tritt.

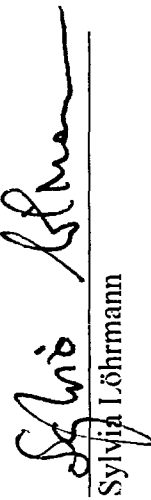
  
 Edgar Moron

  
 Carina Gödecke

  
 Dorothee Danner

Oda-Gerlind Gawlik

und Fraktion

  
 Sylvia Löhrmann

und Fraktion